

sonnerstag, den 19. Februar 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 42

# Wohldebatte im Reichstag.

Bei Gründung der gestrigen Reichstagsitzung teilte Präsident zunächst mit, daß für den Abg. Höfle der Abg. (Dr.) für den Wahlkreis (Thüringen) neu in den Tag eingetragen ist.

In dritter Beratung angenommen wird der Gesetzentwurf die Todesstrafe für Verbrechen. Als Punkt des Inkrafttretens des Gesetzes wird der 1. März d. J. genannt. Es folgt die Beratung des Antrages Müller-Franzen auf Vorlegung des Entwurfs eines Schankstättentheils.

Abg. Sollmann (Soz.) berichtet über die Ausschusshandlungen. Der Ausschuss empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Abg. Strauß (Wirtsch. Ver.) erklärt, seine Partei könne die endgültige Fassung des Schankstättentheiles absolut nicht annehmen. Anwidrig ist ein deutlich nationales Antrag Straßburg und Graf Mekarp eingegangen, der für den Fall der Abstimmung des Ausschusstheiles vorschlägt einen Gesetzentwurf zum Schutz der Jugend gegen die Gefahr des Alkoholismus und zur Sicherung des Schankkontrollenwesens unter Ablehnung der Trockenlegung Deutschlands fordert.

Abg. Dr. Strathmann (DmL.) erklärt, auch Angehörige des Ausschusses hätten anerkannt, daß der Stand von ungeeigneten Elementen gereinigt werden müsse. Über die guten Wirkungen des Kampfes gegen den Alkoholismus in Amerika sei kein Zweifel sein. Die vollkommene Trockenlegung ist allerdings das Ideal. Das sittliche Ideal ist die Freiheit. Auch in Deutschland die Trockenlegung noch schwerer durchzusetzen als in Amerika.

Abg. Seeler (D. Vp.): In dem Schankstättentheil von Ihnen wird kein geeignetes Mittel und Lehre daher den Tag Müller aus moralischen und wirtschaftlichen Gründen ab. Wir wollen nicht Heuchelei und Korruption fördern. Kein Punkt dieses Entwurfs ist die Möglichkeit, in den nächsten eine Trockenlegung durchzuführen.

Von den Abg. Lampé (Wirtsch. Vdg.) und Geissos wird eine leidenschaftliche Abstimmung über den Antrag Wüller beauftragt.

Abg. Rolfe (Wirtsch. Vdg.) wendet sich schärfer gegen das Schankstättentheil. Möglicher Alkoholismus ist gleichzeitig aus. (Große Heiterkeit.) Ist Ihnen (zu dem) nicht bekannt, daß in Russland das Alkoholproblem wieder aufgekommen ist?

Abg. Dr. Moses (Soz.): Man muß diese ganze Frage vom sozialrechtlichen Standpunkt betrachten. Unter mir zur Trockenlegung Deutschlands, wie wollen nur katastrophale Wirkungen des Alkoholismus entgegentreten den gesundheitlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes. Wir wollen gar nicht das ehrtame Gastwirtsgewerbe beschädigen, sondern es von untauglichen Elementen befreien. Die Breitungen und katastrophalen Wirkungen des Alkoholismus müssen endlich bekämpft werden. Nicht wir wollen das vergewaltigen, sondern der Alkoholismus verlegt das Volk. Die gesamte Wissenschaft hat fortgesetzte Kampf gegen Ausbreitungen des Alkoholismus gestanden.

(Fall d. d. Soz.)

Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung auf namentliche Zustimmung wird zurückgeworfen, aber von Abg. Sollmann wieder aufgenommen.

Abg. Sparatz (DmL.): Die demokratische Fraktion kann sich der Mehrheit nicht für ein Schankstättentheil erläutern. Ein voll handelndes Volk wie das deutsche wird selbst die nötige Willenskraft gegen alle solche Dinge finden, namentlich durch Erziehung.

Die Debatte wird vertagt.

## ne neue Abrüstungskonferenz.

Sorden, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Regierung lädt offiziell mitteilen, daß zwischen London und Peking eine Diskussion über Umfang und Ausgaben der vom Generalstab geplanten Abrüstungskonferenz steht. Diese Diskussion habe jedoch noch nicht alle Fragen geklärt, da ein offizieller Notenaustausch zw. den Engländern über die Abrüstungsfrage erfolgen kann.

## Falsche Gerüchte über umwälzende Erfolge der russischen Diplomatie.

Das russische Auswärtige Amt erläutert andererseits, daß die Nachricht von einem angeblichen Einvernehmen zwischen Russland, China und Japan falsch ist.

Um den Gedanken von der bevorstehenden Versicherung der USA gegenüber Russland ein Ende zu machen, hat General Goolidge die Erklärung abgegeben, daß er keine eigenen (?) für die Vereinigung Sondervereinbarungen durch die Vereinigten Staaten erkläre. Er gibt der Ansicht, daß der Ausdruck von Hughes aus dem Kabinett irgend einen Bezug in den Körper von Amerikaner zu Politik vorausgehen läßt.

## Der deutsch-rumänische Konflikt.

In der Medien, wodurch Rumäniens Repressionsmaßnahmen gegen die rumänischen und deutsche Staatsangehörige ergriffen werden, in einer Erklärung der Agentur Orient-Press erläutert, daß die rumänische Regierung die jüngste Lage keine weiteren Schritte einzuleiten habe.

Die deutsche Regierung lädt erneut durch Vermittelung ihrer letzten Note ihre weitere Verhandlungsbereitschaft aus.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 42

# Wohldebatte im Reichstag.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Bergerort und Hauptstadt des Kreises Bremen 2

Ferntelefon-Nummer: Reichstagsstraße 1206. Redaktion Ring 3141

Dosse-Bericht: Postamt Bremen 2

Dosse-Bericht: Postamt Bremen 2

Anzeigenpreis: 30 Pfennige für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien  
10 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienangebote, Stellengesuche, Vereine,  
Veranstaltungs- und Wohnungswerbungen 8 Pf. Kleine Anzeigen bis  
Wert 3 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die röhmliche Nummer  
müssen bis morgens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition  
Bremen ab oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Regierungsrichtlinien von Dr. Marx.

Werben um weitere bürgerliche Stimmen. — Borbehalte der Sozialdemokratie. — Sturm der Rechten gegen Severing.

Im preußischen Landtag hat gestern Ministerpräsident Marx die Richtlinien seines neuen Preußenkabinetts entwirkt, dem vier Zentrumsminister, drei Demokraten und nur ein Sozialdemokrat (Severing) angehören.

Da diese drei Parteien keine absolute Mehrheit für das verfassungsmäßig notwendige Vertrauensvotum aufbringen können, war die ganze Rede des neuen Ministerpräsidenten ein Werben um weitere bürgerliche Stimmen. Wir können nicht behaupten, daß unsere an sich schon recht geringe Freude an dieser verschlechterten Neuauflage der bisherigen preußischen Koalitionsräte dadurch sehr gehoben würde. Freilich geben wir zu, daß die in der Reichspolitik geschulte Vorsicht des persönlich sehr ehrenwerten Herrn Dr. Marx gestern der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei mehr in allgemeinen Redewendungen entgegenkam als in bestimmten Versprechungen. Die Verherrlichung des Gedankens einer überparteilichen Volksgemeinschaft ist eine Harmlosigkeit, die angehört der geheimmäßigen Folgen der heutigen Wirtschaftsordnung wohl nicht einmal mehr bei Mittelständlern Illusionen weckt, die also wahrscheinlich wirkungslos, aber ungünstig bleibt. Genauer müssen wir uns schon die Marxischen Formeln zur Zollpolitik und zur Wohnungspolitik annehmen. Ueberflüssigmachung der Wohnungswangswirtschaft durch genügende Neubauten ist ein Ziel, dem wir zustimmen können, das aber auch bei dieser Formulierung die Hausbesitzerstimmen kaum gewinnen dürfte. Die zollpolitischen Formeln machen uns klar, was nur dadurch aufzutragen wird, daß der entschiedenste Schutzhüllner im bisherigen Preußenkabinett, Dr. Wendorff, ausgeschafft wurde und auch von den Zentrumsministern der verständige Herr Hirschfelder in diesem Punkt die Arbeiterinteressen vertreten dürfte. Unser Fraktionsredner, Genosse Dr. Wenzig, machte deutliche Vorbehalte in unserem Sinne.

Die Hauptherdenken gegen das neue Kabinett enthielt erst die Debatte, in der die Rechtsparteien ihren ganzen Ansturm gegen unser im Innernministerium verbliebenen Genossen Severing konzentrierten. Ist dieser unser bester Mann in Preußen nicht zu schade dazu, in einem solchen Kabinett dauernd in der parlamentarischen Schulzlinie stehen zu müssen, während er im Schoß dieser Regierung selbst sicher erst von Fall zu Fall um die Durchsetzung seiner Politik kämpfen muß? Der Unsturm der Rechten zeigt freilich auch, daß ein Schritt der Regierung einen Sieg der äußerlichen Machtausübung bedeutet. Daher die Zustimmung unserer Fraktionsmehrheit zu diesem Übergangskabinett, von dem nur niemand sagen kann, ob es nicht selbst bereits den Übergang zu etwas Ärgerem vorbereitet.

Heute oder morgen dürfte ein Misstrauensantrag aller drei Rechtsparteien gegen Severing zur Abstimmung kommen, wobei übrigens noch fraglich ist, welcher Mehrheit er bedarf.

Ministerpräsident Dr. Marx

führte etwa aus:

Meine erste Pflicht besteht darin, auch von dieser Stelle die herzliche Anteilnahme der Staatsregierung auszudrücken an dem erschütternden grauenhaften Unglücksfall, der die treue Bergarbeiterkraft des Aufzugsmeisters betroffen hat. Höchste Verdernung ist auch den Rettungsmannschaften zu zollen, die unter schwerer Gefahr ihres eigenen Lebens alles daran gesetzt haben, um ihre Kameraden dem finsternen Schatten des Todes zu entziehen. Angeführte der freien Selbstbehörde, die so viele treue Untergesetze des Volkes besaßen hat, in dieses herzliche Beispiel treuer Freundschaft und Selbstverantwortung von besonderer Bedeutung. Die Staatsregierung wird selbstverständlich alles daranzutun, um das schwere Los der Hinterbliebenen zu lindern. Daneben wird der weiteren Verbesserung der Unfallverhütung und des Grubenwaffenschutzes sowie der Sozialversicherung und Wohlfahrtspolitik angewandt werden müssen.

Während nun gerade infolge des gekündigten Staatsministeriums den Mitgliedern des Reichstags Brauch aus, in einer Sitzung dem verehrten Herrn Ministerpräsidenten, der seit über drei Jahren in vorbildlicher Weise die Geschichte geprägt hat. So soll dem Minister des Innern der letzten Jahre, der unter Deutsches Reich und die wenigen Sondererfolle hervorzuheben einen außerordentlich ruhigen Verlauf der gesamten politischen Entwicklung gezeigt haben. Seinerzeit stand auch die Römerin für die Menschen aller Völker. Seinerzeit stand auch die Römerin für die Menschen aller Völker.

zum Wohle des Vaterlandes mit bestem Erfolg gearbeitet.

Wir wissen uns eins mit der Auffassung aller Parteien und der Reichsregierung, daß alles daran gehe, um möglichst bald die Kölner Zone und die noch an der Ruhr besetzten Gebiete von fremder Belästigung zu befreien.

Bei Strafaten, die auf die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der Aufruhrbezeugung zurückzuführen sind, wird vor dem Ermittlungsrecht weitgehend Gebrauch gemacht werden. Ganz selbstverständlich für jeden nationalen Deutschen ist die Festigung und Wahrung der deutschen Reichseinheit. Daneben müssen die Rechte der einzelnen Länder gefördert und festgelegt werden.

Was die inneren Beziehungen Preußens anlangt, so will ich nur einige Rücksichten vorführen, nach denen ich unsere Politik einzurichten gedenke. Selbstverständlich mag vor allem die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden. Der Landwirtschaft muss die ihr zukommende Förderung zuteil werden. Ihre Erträge sind zu steigern, die Urbarmachung von Oberschlesien ist zu beginnen und die Siedlungsarbeit ist fortzuführen. Wenn auch wichtige landwirtschaftliche Fragen, so der Nutzen gegen die ausländische Konkurrenz, zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören, so werden wir doch auch an ihrer Lösung mit aller Kraft mitzuwirken versuchen.

Eine wesentliche Aufgabe der Regierung ist die Durchführung der Reform der kommunalen und staatlichen Verwaltung. Die Schwierigkeiten einer großen einheitlichen Verwaltungsreform liegen nicht zuletzt darin, daß die finanziellen Verhältnisse für den Bau der kommunalen Verwaltung nicht gegeben waren. Die Verhandlungen über den Finanzausgleich, bei der die Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden für die nächste Zeit regeln soll, werden auch den Gemeinden wieder eigene Einnahmen schaffen müssen. Führen diese überaus schwierigen Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis, so werden damit auch die finanziellen Voraussetzungen für die weitere Verwaltungsreform gegeben sein. Abgesehen von der späteren Landgemeindeordnung werden dann auch die Kreisordnung und die Provinzialordnung zur Vorlage an den Staatsrat kommen, und weiterhin werden die großen Probleme der finanziellen Reform einer einheitlichen Lösung zugesetzt werden können.

Die Lage der preußischen Finanzen erfüllt des Staatsministerium mit ernster Sorge. Die Steuereingänge und die Reichsüberweisungen erreichen die Voranschläge, aber die Ausgaben zeigen die Tendenz, stärker zu steigen als die Einnahmen, und die Betriebsüberschüsse gehen zurück. Außerdem laufen wichtige Steuergesetze mit dem Ende des Rechnungsjahrs 1924 ab und müssen unverzüglich verlängert werden. Vor allem bedeuten aber die Pläne der Reichsregierung eine erste Erfahrung der Finanzen sowohl des preußischen Staates als auch der preußischen Gemeinden.

Das Staatsministerium ist durchaus bereit, dem Reiche zu geben, was des Reichen ist. Preußen hat immer wieder bewiesen, daß es sich in keiner Reichsrepublik von keinem anderen Lande übertragen läßt — leider, ohne für diese Haltung immer Anerkennung zu finden —, aber Preußen muß für sich und seine Gemeinden beanspruchen, nicht nur an dem Ertrag der großen Steuern in stärkerem Umfang, als es die Reichsregierung plant, beteiligt zu werden, sondern auch einen größeren Einfluß auf die Verwaltung dieser Steuern zu gewinnen. Die Länder und Gemeinden können ihren großen Aufgaben nur gerecht werden, wenn ihnen die erforderliche Bewegungsfreiheit auf finanziellem Gebiet gewährt wird. Die entscheidenden Verhandlungen mit dem Reiche stehen vor der Tür, ja Preußen ist vielleicht dadurch, daß ihm in den letzten Wochen eine verantwortliche Regierung fehlt, schon ins Hintertreffen gekommen, jedenfalls ist Wehrhaft im Verzuge.

Ich hatte es für meine Pflicht, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, welche schwere Verantwortung alle diejenigen auf sich haben, die die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung unmöglich machen und dadurch verhindern, daß der preußische Staat bei den Verhandlungen mit dem Reiche mit der erforderlichen Autorität vertreten werde. Bei der Mitarbeit an der Finanzausgleichsergebnis und bei der Verarbeitung der Landeshaushalte wird sich das Staatsministerium von dem Gedanken leiten, die Steuereinführung und Verwaltung zu vereinigen und die Betriebsüberschüsse geben zurück. Außerdem laufen wichtige Steuergesetze mit dem Ende des Rechnungsjahrs 1924 ab und müssen unverzüglich verlängert werden. Vor allem bedeuten aber die Pläne der Reichsregierung eine erste Erfahrung der Finanzen sowohl des preußischen Staates als auch der preußischen Gemeinden.

Das Staatsministerium ist durchaus bereit, dem Reiche zu geben, was des Reichen ist. Preußen hat immer wieder bewiesen, daß es sich in keiner Reichsrepublik von keinem anderen Lande übertragen läßt — leider, ohne für diese Haltung immer Anerkennung zu finden —, aber Preußen muß für sich und seine Gemeinden beanspruchen, nicht nur an dem Ertrag der großen Steuern in stärkerem Umfang, als es die Reichsregierung plant, beteiligt zu werden, sondern auch einen größeren Einfluß auf die Verwaltung dieser Steuern zu gewinnen. Die Länder und Gemeinden können ihren großen Aufgaben nur gerecht werden, wenn ihnen die erforderliche Bewegungsfreiheit auf finanziellem Gebiet gewährt wird. Die entscheidenden Verhandlungen mit dem Reiche stehen vor der Tür, ja Preußen ist vielleicht dadurch, daß ihm in den letzten Wochen eine verantwortliche Regierung fehlt, schon ins Hintertreffen gekommen, jedenfalls ist Wehrhaft im Verzuge.





Freitag, den 20. Februar, in allen Räumen des „Friebeberges“

## Gesellschafts-Abend

zum Besten des notleidenden Mittelstandes.

Konzert unter künstlerischer Leitung des Herrn von Pognat.  
Rokoko-Quadrille aus verschiedenen Zeitaltern.

### Tanz / Tanzturnier / Tombola / Büfett

Beginn 1/2 Uhr.

#### Der Arbeitsausschuss

Erzähler: Frau von Schleicher-Ehrenfeld  
Frau Margaretha Brück / Frau Professor Erdmann  
Dektor Frenzel / Frau Polizei-Präsident Kleibömer  
Marie J. Langer-Schlaaff / Dr. Stephan Seere  
Eugenius von Pognat / Emil Reimann  
Frau Senatsrat Munda, Rothenthal / Frau Charlotte Thieme  
Frau Landgerichts-Präsident Würt.

Karten zu 5 Pfennig inkl. Steuer und Jugendkarten zu 2 Pfennig sind in den Teezelchenfällen der Schlesischen Zeitung, Schweriner Straße und Kaiserstraße, und in der Bücherei, Kaiser-Wilhelm-Straße 21, erhältlich.

## Apfelsinen!

Herrliche süße Früchte von unsern eigenen Importen, aus den besten Lagen Siziliens. Die Früchte sind jetzt in voller Reife und von feinstem Geschmack.

### Doppelblut - Primissima

die Original-Kiste M. 29,50  
enthaltend: 128 180 200 300 360 Stück  
1 Dutzend 3.— 2,80 2.— 1,40 1,10 M.

### Schuffrüchte - Sanguineissi Primissima

die Original-Kiste M. 26,50  
enthaltend: 128 180 200 300 360 Stück  
1 Dutzend 2,80 2,40 1,80 1,20 1.— M.

### Paterno 1. blonde Früchte

die Original-Kiste 200 Stück M. 24,— 1 Dutzend 1,50 M.

### Spanische Apfelsinen

Murcia Blut, Primissima oval  
die Original-Kiste 240 300 360 Stück  
30.— 28.— 28.— 30.—  
1 Dutzend 1,50 1,20 1.— 1,10

1 Koffertoll enthaltet ca. 20-50 Stück. Verpackung wird nicht berechnet.

## Kaffee ist unsere Spezialität seit 40 Jahren.

Unsere Kaffee's werden in technisch vollkommenster Weise hergestellt. Durch tägliche Sortnahme von Kaffiproben bieten wir Gewähr dafür, daß nur reifreifende und gute Qualitäten zum Verkauf kommen.

Nr. 5 Spezial-Mischung	1/2 kg	3,80
Nr. 6 Karlsbader-Mischung I	1/2	4,20
Nr. 8 Elite-Mischung	1/2	4,40
Nr. 9 Romantik-Mischung	1/2	4,60
Haushalt-Mischungen	1/2 kg	3,20, 3,40, 3,60
1/2 kg portofrei und 5 % vor 1/2 kg Entmündigung.		

### Stießlers Tee

Feine gehobene Blütenteejüngungen 1/2 kg 5.— 5,50, 5,80, 6.— Preis werte Haushalt-Teejüngungen 1/2 kg 3,40, 4.—

Schweizer Vollmilch „Bébé“	Doce 0,25
Amerikanische Vollmilch	Doce 0,25
Leinölkreis, glänzend	1/2 kg 0,25— 0,40
Leinölkreis, glänzend	1/2 kg 0,18
Haussmoker-Rabda	1/2 kg 0,20
Eier-Schneidebutter	1/2 kg 0,25
Herzgries-Brotz-Muffloni	1/2 kg 0,23
Süßmauerbutter, große	1/2 kg 0,22
Weisse Spritzbutter	1/2 kg 0,25
Umwelt	1/2 kg 0,25— 0,30
Würschott, getrocknet	1/2 kg 0,40— 0,50
Blumen, rosa	1/2 kg 0,25— 0,30
Blumen, lila	1/2 kg 0,25— 0,30
Birnen, köstl.	1/2 kg 0,30— 0,40
Späckle, Feigen	1/2 kg 0,30— 0,40
Cognac-Datteln	1/2 kg 0,30— 0,40
Spanisches Rosmarin	1/2 kg 0,30
Rosmarin, weiß	1/2 kg 0,30
Wälderer	1/2 kg 0,30
Amerikanisches Schweinefleisch	1/2 kg 0,30
Margarine	1/2 kg 0,30

Berlangen Sie unsre neue Preisliste!

## Otto Stießler

Dresden, Zwingerstraße 5. und 24 Häusern.  
Großes Import- und Verkaufshaus im alten Dresdner Stadtteil.

**Nur so verpackt!**

**Schwan im Blauband** frisch gekürzt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

## Ein wahrer Segen!

Spezialbillige Preise! + Beste Qualitäten!

### Herren-Rindbox-Schnür-Stiefel

halb Straßenschuh

Prima strapazier-  
Qualität, in spitz,  
halb. u. breite Form

### Damen-Rob-Cheveau-Schiebe-Schnallen-Stiefel

Dam.-braun Spang-Schuh

halbhaariger Straßen-  
schuh

### Herren-Fahlieder-Arbeitsstiefel

sol. Verarb. m. u. K.

Herren-Rind-  
mod. Form  
box-Halbschuh

In den meisten Fällen

Sommerl. Sabotz. 1

Jähne, Plomßen

etc. 2 50.— 5.

Barthoff

Poststraße 1.



### Weckeruhren mit Leuchtblatt

Prima Messingwerk  
statisch abgeschlissen  
zu billigen Preisen

Schrifliche Garantie

Paul Alter

Güter u. Goldwaren

Kupferschmiede-

straße 17. 5.

Nähe Schmiedebrücke

3. Weckeruhren

mit Leuchtblatt

Prima Messingwerk

statisch abgeschlissen

zu billigen Preisen

Schrifliche Garantie

Paul Alter

Güter u. Goldwaren

Kupferschmiede-

straße 17. 5.

Nähe Schmiedebrücke

3. Weckeruhren

mit Leuchtblatt

Prima Messingwerk

statisch abgeschlissen

zu billigen Preisen

Schrifliche Garantie

Paul Alter

Güter u. Goldwaren

Kupferschmiede-

straße 17. 5.

Nähe Schmiedebrücke

3. Weckeruhren

mit Leuchtblatt

Prima Messingwerk

statisch abgeschlissen

zu billigen Preisen

Schrifliche Garantie

Paul Alter

Güter u. Goldwaren

Kupferschmiede-

straße 17. 5.

Nähe Schmiedebrücke

3. Weckeruhren

mit Leuchtblatt

Prima Messingwerk

statisch abgeschlissen

zu billigen Preisen

Schrifliche Garantie

Paul Alter

Güter u. Goldwaren

Kupferschmiede-

straße 17. 5.

Nähe Schmiedebrücke

3. Weckeruhren

mit Leuchtblatt

Prima Messingwerk

statisch abgeschlissen

zu billigen Preisen

Schrifliche Garantie

Paul Alter

Güter u. Goldwaren

Kupferschmiede-

straße 17. 5.

Nähe Schmiedebrücke

3. Weckeruhren

mit Leuchtblatt

Prima Messingwerk

statisch abgeschlissen

zu billigen Preisen

Schrifliche Garantie

Paul Alter

Güter u. Goldwaren

Kupferschmiede-

straße 17. 5.

Nähe Schmiedebrücke

3. Weckeruhren

mit Leuchtblatt

Prima Messingwerk

statisch abgeschlissen

zu billigen Preisen

Schrifliche Garantie

Paul Alter

Güter u. Goldwaren

Kupferschmiede-

straße 17. 5.

Nähe Schmiedebrücke

3. Weckeruhren

mit Leuchtblatt

Prima Messingwerk

statisch abgeschlissen

zu billigen Preisen

Schrifliche Garantie

Paul Alter

Güter u. Goldwaren

Kupferschmiede-

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. Februar.

## Sozialdemokratische Partei.

## Arbeiterwohlfahrtausschuss.

Frauenleiterinnen holen sich das Material zur Presse für Sonntag, den 22. Februar entweder Freitag, den 20. Februar, nachmittags von 5-7 Uhr oder Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, bestimmt in unserem Gewerkschaftshaus, Neubau, 1. Stock, Zimmer 112, Es nicht über Frauenleiterinnen, an der Sammlung teilzunehmen. Räumlich. Wir bitten alle Helferinnen, sowie alle eingeschlossenen Kursusteilnehmer für Dienstag, den 24. Februar, um 6 Uhr, zu einer Versprechung nach Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses. Parteiausschuss ist von den Teilnehmern bestimmt.

Gemeine und Angestellte in städtischen Betrieben, die Mitglieder der SPD sind. Heute abend 8 Uhr im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

## Wichtige Versammlung.

Wichtiges Erscheinen ist unbedingt Pflicht.

U.A. Abstinkanten. Heute abend trifft sich alles pünktlich um 7 Uhr im Heiligen Geist-Gymnasium, Augustaplatz (Höchst Höhe).

## Beisitzerkonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.

Für Sonntag, den 15. Februar, war vom Gouverneurstand der Reichsbund an alle dem Reichsbund angehörigen Städte und Landesverbände vor dem Verfassungsgericht eine Anhörung erlangt, an einer außerordentlich wichtigen Beratung teilzunehmen. Aus allen Teilen Schlesiens waren fast 100 Vertragsabkommen, um von vormittags 9 Uhr ab bis in die Nachmittagsstunden den wichtigsten Ausschreibungen zu entscheiden und um ihre Erörterungen zur Kenntnis zu bringen.

Der Gauforscher, Kamerad Vogel-Breslau, eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und der Hoffnung, daß die entsprechenden Unterschriften auch erfolgt seien möchten, der der Zweck der Konferenz sei. Kamerad Noa, der Leiter der Zentral-Rechtsabteilung beim Bundesvorstand Berlin, sprach über „Die wichtigsten Beziehungen und Rechtsetzungen im Verfassungsgericht“ und die „Aufgaben des Beisitzers“. In seinen Ausführungen erklärte der Beisitzer die Unmöglichkeit der Zusammenarbeit und andererhanden, wie mitunter die Witwe eines Arztes oder die Witwe eines Arztes oder Rechtsanwalts bei der Anhörung der Elternrechte behandelt würde. Es liegt dies an der strengen Ausfüllung der Urkundsliste. Um Handbeispiele erläuterte Kamerad Noa, mit welcher Begründung die Elternrechte der Mutter eines Kindes verjüngt werden, und andererseits Elternrechte gewährt wurde für eine andere, die unter noch lebenden Söhnen, unter anderem einen Sohn, hatte. Gerade bei der Elternrechte sieht man die Ausfüllung der sozialen Ausfüllung einzelner Stände. Bei verhältnismäßig geringen Ausschreibungen, insbesondere bei Nervenleidern, bestehen nach der offiziellen Abschaffung verschiedenes Ausschreibungen, zum Teil auch aus der andersartigen Ausfüllung der Urkunde ergeben. Die Beisitzer haben zu leuchten, daß sie das einzelne Kind darstellen wollen und daß sie die Witwe in eine auf das Kind gerichtete Eile zu bereichern hätten.

Nach die Frage der Dienstbeschädigung bei verschiedenen Erkrankungen erstellte Kamerad Noa ein Grund seiner Erklärungen. Bei verhältnismäßig geringen Ausschreibungen verlor der Beisitzer auf jeden Fall seine Ausschreibung, und der Beisitzer verlor seine Ausschreibung. Bei jedem Erkrankung wird noch heute in der Hauptstadt Gründung der Kaiser-Wilhelm-Akademie geteilt. Ein längeres Zeit vor dem Krieg entstanden sind und auch dem Krieg nicht viel geändert wurden. Daraus ergibt sich, daß Erkrankungen getrennt wurden, die von der einen Seite anerkannt, von der anderen Seite jedoch nicht als solche bezeichnet würden, weil inzwischen die ärztliche Wissenschaft gesammelt hat, die Grundlagen der Wilhelm-Akademie nicht mehr entsprechen. Bezeichnend ist, daß Beisitzer auf fast allen Gebieten Ausschreibung wollen, das aber das Gebiet der Biologie für die großen Kinder nicht möglich darzustellen wäre; die ärztliche Wissenschaft kennt sich mit der endlichen Bevölkerung recht vieler Beisitzer, so daß sich daraus die Trennung ergibt, daß die dem Verfassungsgericht zufälligen Beisitzer auf medizinischen mehr als durch Kenntnis durch Lesen der einschlägigen Werken berufen, um sich bei wichtigen Entscheidungen auch anhören von Beratern berufen zu können, die nicht mit dem Berufe vertraut waren. Am heutigen Vortag ging Kamerad Noa noch auf verhältnismäßig wichtige Bestimmungen ein und erhielt für seine 1½ jährigen Ausschreibungen den höchsten Beifall der Anhänger.

Ein weiterer Punkt 2 veranlaßt freie Aussprache und der Voraussetzung, der nun folgte, gestellte sich in vielen zu einer Anklage gegen diejenigen Persönlichkeiten, die in der Lage seien, trotz ihrer andersartigen Weltanschauung, ihre besseren Kinderstube sich in die sozialen Verhältnisse einzufügen. Die zum Vortrag gekommenen Fälle bewiesen wieder, daß die aus den Reihen der Verantwortung tätigen Beisitzer alle Urteile haben, die auf sozialpolitischem Gebiet zu verhängen. Kamerad Noa erläuterte allgemeinverständlich, wie seitens der Verfassungsgerichte der § 57 des R.V.G., der die Nachprüfung der Rentenversicherung vorschreibt, aufgezeigt wird. Richtig gewordene Urteile verhindern manch Änderungen in der Form, während bisher für das gesuchte Leiden D.B. erkannt wurde, da eine ungünstige Form vor der Einschätzung vorherbereitet ist bei der Höhe des Prozentsatzes abgesenkt wird. Kamerad Springer-Wiegert gibt einen Fall betreffend Jahnwurst

bestimmt, der höchst interessant ist, weil sich das Verfassungsgericht nicht für zuständig erklärt und die Sache als Schadensersatzklage vor dem ordentlichen Gericht aufschließt. Obwohl eine Hebung der Erwerbsmöglichkeit eines Verfolgungsverbrechens nicht eingetreten sei, wurden doch Anklagen der Rente vorgenommen und zwar schon bei Besserungen ganz zerrüttigender Natur. Von Kamerad Stoepke-Storck wurde noch darauf hingewiesen, daß die Beisitzer und Mandanwälte durchaus gleichberechtigt mit den anderen Beisitzern und den Vorsitzenden zusammen und daß sie nicht notwendig haben, sich in irgend einer Form als Nebenklage behandeln zu lassen. Kamerad Scholz-Brieg betont die Notwendigkeit der Beschaffung zeitigerer Materialien zum Teil darüber die Beisitzer in einem gewissen Kampf gegen die akademische Intelligenz, der mir unter Beachtung bestimmter Formen und durch Wissen zugunsten der Kriegsspieler erfolgreich geführt werden könnte. Von einem anderen Komma wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen vor den Verfassungsgerichten teilweise zu schnell vor sich gehen, daß zum Beispiel öfters 18 Verhandlungsfäden in 2½ Stunden zur Erfüllung kommen.

Die Aussprache wird nach der Mittagspause fortgesetzt und ergibt noch wichtige Fingerzeichen für die Beisitzer. Nach Kamerad Noa, der im Schlussswort nach der Mittagspause auf die einzelnen Anträge der Beisitzer und Mandanwälte einzugehen, kann noch Verhandlungen berichten und teilt seine Ausführungen in Beiträgen materielles und formeller Natur. Zuletzt spricht er über Renten und Praktiken der Beisitzer und Mandanwälte. Er geht aus die Wünsche bezüglich der Nachprüfungen nach § 57 etc. und belont die Beamtenfeindschaft sowie das Rufen der Renten nach § 62 des R.V.G. Bei formellen Fragen stellt er fest, daß der Wunsch nach einer Hebung der Dienstbeschädigung in der Organisation allgemein vorhanden sei, und daß hier eine Lücke im Gesetz vorhanden wäre. Das Wiederaufnahmererfordern nach § 71 des Verfassungsgeiges wird von ihm eingehend erläutert und zum Schluß wird von ihm die Mahnung ausgesprochen, daß die Beisitzer und Mandanwälte die vom Bund herausgegebenen Schriften lesen sollten und sich auch anderweitig das notwendige Wissen aneignen möchten. Nachdem noch verschiedene geschäftliche Mitteilungen gemacht wurden, erfolgte Schluß der Konferenz durch ein Schlussswort des Gauleiters, Kameraden Bräuer-Breslau, der die Hoffnung ausdrückt, daß die Konferenz nicht umsonst gewesen sei.

Eine Schmuckerei der sogenannten „Arbeiterzeitung“ soll diesem fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Kommunikationsmittel offenbar für eine gegenwärtig laufende Werbewoche die sonst fehlende Sensation an den Haaren herziehen. Wie haben bereits vor einiger Zeit berichtet, daß das Blatt unseres Genossen Stadtstaats Raßl chronologische Vorwürfe gemacht hat, deren Klärung von dem Bekämpften sofort durch Strafantrag gegen die Bevölkerung und damit in die Wege geleitet wurde. Auf der Oberbürgermeister schloß sich diesem Strafantrag gegen das Kommunistenblatt an. Jetzt glaubt die „Arbeiterzeitung“ einen Triumph auszuüben, weil der Staatsanwalt auf Grund der öffentlich erhobenen schweren Beschuldigungen sowohl selbstständlich auch eine Voruntersuchung gegen den Genossen Raßl einleiten müßte. Das tut der Staatsanwalt bei jeder derartigen Beschuldigung einer statuarischen Hardung, mag sie richtig oder unrichtig sein. Es kann ja gerichtet erst festgestellt werden, daß die Beleidigungen der „Arbeiterzeitung“ rechter Schwund sind. Die „Arbeiterzeitung“ ist offenbar selbst davon überzeugt, daß ihre Behauptungen unwahr und unbeweisbar sind, denn sonst würde sie jetzt zuerst den Beweis dafür führen und dann damit vor die Bevölkerung treten. Sie macht es aber umgekehrt und wiederholt ihre Verleumdungen in aller Eile und großer Aufmachung, ehe sie dafür den öffentlichen Wahlkreisbeweis antreten muß. Deutlicher kann man wohl nicht zeigen, daß man selber diesen Wahlkreis fürchtet.

Im übrigen wird die kommunistische Methode noch dadurch bestreicht, daß Genosse Raßl auf Grund dieser völlig unbefriedigenden Rücksicht nicht nur in einem Atomzug mit dem prompt aus der Partei ausgeschlossenen Gustav Bauer genannt wird, sondern daß auch Genosse Löbe „und Koforsten“ sofort mit in den Korruptionskampf geworfen werden, obwohl gegen ihn nicht einmal irgendeine Beschuldigung formulierte, geschweige denn bewiesen werden kann. Wenn die Kommunisten ihre Werbewoche den Dokumenten nichts Besseres zu bieten haben als derartigen Schwund, den die Verhandlung über den Strafantrag des Genossen Raßl und des Oberbürgermeisters in Kürze endgültig in seiner ganzen Grundlosigkeit aufdecken muß, so dürfen ihnen die damit etwa wirklich neu gewonnenen Abstimmungen gefallen, die den Grundlagen der Wilhelm-Akademie nicht mehr entsprechen. Bezeichnend ist, daß Beisitzer auf fast allen Gebieten Ausschreibung wollen, das aber das Gebiet der Biologie für die großen Kinder nicht möglich darzustellen wäre; die ärztliche Wissenschaft kennt sich mit der endlichen Bevölkerung recht vieler Beisitzer, so daß sich daraus die Trennung ergibt, daß die dem Verfassungsgericht zufälligen Beisitzer auf medizinischen mehr als durch Kenntnis durch Lesen der einschlägigen Werken berufen, um sich bei wichtigen Entscheidungen auch anhören von Beratern berufen zu können, die nicht mit dem Berufe vertraut waren. Am heutigen Vortag ging Kamerad Noa noch auf verhältnismäßig wichtige Bestimmungen ein und erhielt für seine 1½ jährigen Ausschreibungen den höchsten Beifall der Anhänger.

## Arbeiterbildungsausschuß.

## Sonntagsunterhaltungssabend.

Sonntag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, Odotor, Alte der Bistoriashalle, Blücherstraße 9/13. Mitwirkende: Elisabeth Böhm (Sang), Oberorganist Otto Burkert und Ulrich Zürle (Klavier). Männerabteilung des Volkschores unter Leitung des Oberorganisten Burkert. Im Programm des Abends wechseln vierhändige Klavier-Vorträge mit Chorliedern und Sololiedern. Neben alten, schönen Volksliedern, wie „Am Brunnen vor dem Tore“, „Im Krug zum grünen Kraut“ usw. stehen Klavierstücke von Mozart, Schubert und Schumann. Der Abend bietet also eine Fülle musikalischer Genüsse.

Da ein großer Andrang zu diesem Unterhaltungssabend zu erwarten ist, sind Eintrittskarten im Vorverkauf zu haben im Zigarrenhaus von Reichert, Matthiasstraße 140. Die restlichen Billets werden an der Abendkasse verkauft.

## Arbeitslosenversammlung im Schießwerder.

Eine Arbeitslosenversammlung fand am Mittwoch vor mittag 9 Uhr im Schießwerder statt. Saal und Galerien wiesen eine solche Überfüllung auf, daß man anfangs den Plan legte, im Garten eine Parcelsveranstaltung abzuhalten, von welchem Plan man schließlich doch nach Abstand nahm.

Der Verbandsleiter Körzack bezügte die Anwesenden und die Vertreter des Magistrats — Herrn Oberstadtkommandant — des Polizeipräsidiums und Arbeitsamtes und der

Presse und erließ sofort dem Referenten Ramisch das Wort. Dieser gab zunächst einen Erklärungsgruß und für die soeben notwendig gewordene adermaulige Veranstellung an. Von allen Besitzungen, welche die letzte Veranstellung gewaltig hatte, sei keine in Erfüllung gegangen. Statt der gesuchten Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent, sage, und habe, und habe 15 Prozent bewilligt werden. Die Arbeitslosen zwischen 14 und 18 Jahren bekommen nach wie vor keine Unterstützung. Magistrat und Regierung schienen diese für Weinen einer anderen Welt zu halten, die Kleidung und Nahrung nicht nötig haben und es ist ihnen offenbar gleich, ob die Mädchen dieses Alters sich der Sünde in die Arme werfen, um nicht zu verhungern. Der Schandparagraph 4 treibe weiter Unzulänglichkeit zur Verweisung. Stadtpolizist Henckel läßt weiter in Amt und Würde. Mit einem Worte: alle damals gefassten und einstimmig angenommenen Resolutionen seien für den Papierkorb gewesen. Redner schilderte sein Drängen und Arbeiten bei den hohen Stellen um die Erledigung der Revolutionen. Die Breslauer Regierung antwortete ihm, daß sie bezüglich der Erhöhung all das Thätige getan habe, aber Berlin schwiege sich aus. Stadtpolizist Henckel könne nur versetzen, wenn bestimmte Unterlagen gebracht würden. Paragraph 4 könne nicht abgeändert werden, bevor das neue Erwerbslosenversicherungsgeleyk in Kraft getreten sei u.w.

Redner betrachtet noch einmal ausführlich die einzelnen Punkte und schloß mit der ersten Mahnung an Stadt und Reich, doch nicht wieder solch berechtigten Wünschen und Forderungen das Ohr zu verschließen, nicht wieder zu sagen: dem Druck geben wir nicht nach.

In der freien Aussprache hatten sich gegen fünfzehn Redner zum Worte gemeldet. Einige gaben eindrückliche Schilderungen ihrer verzweifelten Lage und kündigten so rein persönlich. Von kommunistischer Seite hoffte man wieder Stimmungspolitik zu machen, stand aber wenig Beifall. Von wahrer Liebe und eigentlich weiblich getragen waren die Ausführungen von Frau Heine, Mitglied des Arbeitslosenrates, die für ihre Forderung von zwei Dritteln Mietzuschlag und für ihr Streben für die Jugendlichen immer erneuten Beifall fanden.

Die am Schlussswort von der ganzen Versammlung einstimmig angenommenen Resolutionen lauteten: „Die heute am 18. Februar 1925 im Schießwerder versammelten Arbeitslosen fordern von der Reichsregierung:

1. Eine sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent und zwar berechnet auf denselben Unterstützungsatz, wie im Wirtschaftsgebiet I, da Breslau an Teuerung desselben noch bei weitem übertrifft.
2. Sofortige Abänderung der ganzen bestehenden Erwerbslosenfürsorgeordnungen.

3. Wiederherstellung der Demobilisationsbestimmungen, um den Arbeitslosen unter allen Umständen in den Produktionsprozeß einzurichten, damit sie nicht gezwungen sind, langsam zu verhungern, während andere Familien durch Doppelarbeiten (Regierungsbeamten, Magistratsbeamten, Angehörige von selbstständigen Kaufleuten) das verdiente Geld als Leihgeld beruhren.

4. Ausschaltung der vor drei Monaten eingereichten Reichsabschaffung. Die Höhe beläuft sich auf 80 Mark, bedingt mit eigenem Haushalt 60 Mark, Lebende ohne eigenen Haushalt 40 Mark, und zwar gleichviel, ob dieselben Unterstützung beziehen oder nicht.

5. Forderungen an das hiesige Wohlfahrtsamt, ihre Wohlfahrtssdirektoren, Bezirksvorsteher und Armenpfleger dahin zu instruieren, daß sie ihr sogenanntes Ehrenamt nach tatsächlich menschlich und sozial denkend und handelnd ausführen, da die ausgesteuerten Arbeitslosen es endlich satz haben, sich wie Bettler zu handeln zu lassen.

6. Wegen der zunehmenden Teuerung einen Zuschuß zu den ganz unzureichenden Unterstützungsästen aus städtischen Mitteln in Höhe von 10 Mark pro Person und 5 Mark pro Kind zu zahlen.

7. Sofortige Beendigung der jetzigen Arbeitslosen, die es bereits ein Jahr sind.

Referent Ramisch gab in seinem Schlussswort der Hoffnung Ausdruck, daß die berechtigten Wünsche der Erwerbslosen nunmehr Gehör finden, und ermahnte zu seinem Zusammenhalten.

## Bettelnde Kinder.

Das städtische Jugendamt schreibt uns:

Wiederholte sind in letzter Zeit Kinder beim Betteln insbesondere auf den Straßen der inneren Stadt abgesucht worden. Dabei hat es sich herausgestellt, daß häufig nur Nahrhaftigkeit der Kinder oder Verantwortungslösigkeit der Eltern der Anlaß zum Betteln der Kinder war. Die Einrichtungen des Jugend- und des Wohlfahrtsamtes sind darum, daß kein Kind zu Hungern braucht. Wir verweisen in diesem Zusammenhang nur auf die Schulspende, die für wenige Pfennige in Anspruch genommen werden kann und in Fällen der Not völlig unentbehrlich gewährt wird.

Neben den Lehrkräften der Schule, die wir bereits um ihre Mitarbeit angegangen haben, bitten wir die Breslauer Bürgerchaft, uns bei der Bekämpfung des Kinderbettelns freundlich zu unterstützen. Soweit Kinder beim Betteln auf den Straßen oder in Häusern angetroffen werden, bitten wir, die Namen der Kinder und ihre Wohnung festzustellen und dem städtischen Jugendamt — Bezirksamt Blücherplatz — mitzuteilen.

## Das Schloß als Museum.

Die Verhandlungen des Magistrats mit dem Staat wegen Ueberlassung des ehemaligen Königlichen Schlosses für Museumszwecke sind soweit dem Abschluß nahegebracht, als der Magistrat den letzten Vorschlag der Kronstiftsverwaltung bereits gesamt mit hat. Damit steht eine Uebernahme in Sicherer Aussicht, das den Wünschen der Stadtwaltung in weitem Maße Rechnung trägt. Auf Grund des in Aussicht genommenen Festtages würde der Staat das Schloßgrundstück zur Verwendung als Museum bis zum Jahre 2000 überlassen werden. Hinsichtlich der Ausstattung der historischen Räume aus der Zeit Friedrich Wilhelms III. und Friedrichs des Großen hat sich der Staat ein gewisses Mitbestimmungsrecht vorbehalten; im übrigen bleibt es dem Stadtbüro überlassen, die Schloßräume nach den allgemein für Museen geltenden Grundsätzen zu verwerten. Einige städtische Behörden, die im Laufe der letzten Jahre im Schloß Bürosräume unterhielten, werden in nächster Zeit unterweit untergebracht werden. Die Stadt wird dann in der Lage sein, die reichen Schätze ihres Kunstsammlungsvereins, die bisher zu einem bedeutenden Teile gespeichert werden mußten, der Allgemeinheit zugänglich zu machen.







# Henko

Henkel Wäsch und Bleich Soda



spart Seife und Seifenpulver!  
Mitverwendung von Henko bei der  
Wäsche verbilligt das Waschen.  
Vorzügliches Einweichmittel

## Schauspielhaus

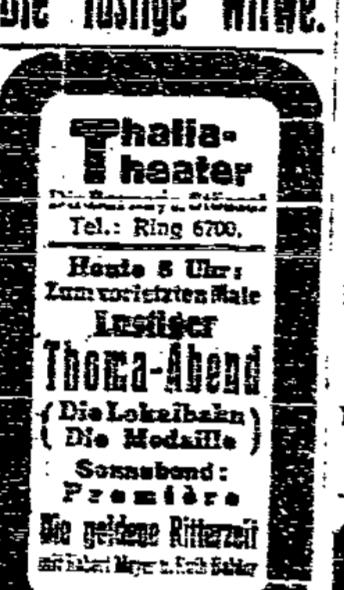
Opernfeierbühne  
Tel. Ring 2545.

Donnerstag, Freitag,  
Samstag u. Mittwoch,  
abends 8 Uhr:

### Gräfin Mariza.

Sonntags, Sonntag und  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Neu einstudiert!

### Die lustige Witwe.



## Giebich

Täglich 8 Uhr:

### Variété- Revue

**Arbeiter, Angestellte, Beamte**  
an alle, die um ihre Existenz kämpfen!  
**Erscheint in Massen**

ab Freitag im  
**Promenaden-Theater**

früher Zeitgarten

Eingang Dominikanerplatz

stilisi „Euern“ Film:

## Gehmiede

Regie: Martin Berger.

**Den Bahnbrecher der Wahrheit -**  
**Die Achtung der Arbeit als Kulturfaktor.**

Ein Monumentalfilm, der Bewunderung und Anerkennung, die  
Begleitungen der Volksversammlungen in allen Großstädten hervorrief.

TEILEN 5, 7 u. 9 Meter

Festpreise zahlen um 5 Uhr die Woche.

Dieser Film wird empfohlen durch die Vorsitzende des

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Allgemeiner Deutscher Angestelltentagungs-

Allgemeiner Deutschen Beamtenbundes

Ein Monatsschein für unseren Kaufmännischen  
Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren Kaufmännischen

Betrieb zum Unterritt per 1. April 1926 geliefert.

London & Co., G. J. L. Oderstraße 1.

aus einer älteren Familie für unseren